

Ressort: Finanzen

Wirtschaft gegen geplante Weiterbildungsprämie für Arbeitslose

Berlin, 08.05.2016, 12:44 Uhr

GDN - Führende Wirtschaftsverbände machen Front gegen die geplante Weiterbildungsprämie für Arbeitslose und geringqualifizierte Arbeitnehmer. Das Gesetzesvorhaben, ihnen für eine erfolgreich abgeschlossene berufliche Weiterbildung eine Prämie von bis zu 2.500 Euro zu zahlen, drohe die Bereitschaft junger Leute zu schwächen, eine reguläre duale Berufsausbildung zu machen, warnten die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Schreiben an den Bundestag, wie die Zeitungen der Funke-Mediengruppe berichten.

Der Handwerksverband spricht von einer "fatalen Botschaft an junge Menschen" und erklärt: "Die Prämien können Kollateralschäden am bestehenden System der dualen Ausbildung verursachen." Bei künftigen Auszubildenden könne die Erwartung entstehen, dass eine berufliche Ausbildung und das Bestehen von Prüfungen finanziell belohnt werden müssten. Ähnlich äußern sich die Arbeitgeberverbände. Der BDA warnt zugleich, die Prämie sei nicht zielführend, Fehlanreize und hohe Mitnahmeeffekte seien zu befürchten. Der DIHK mahnt: "Es drohen falsche Signale etwa an unter 25-Jährige, die eine duale Ausbildung ohne Prämie absolvieren." Die Verbände fordern, die Prämie zumindest auf bestimmte Zielgruppen zu beschränken. Den Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) soll der Bundestag im Juni verabschieden: Danach würde gering qualifizierten Arbeitnehmern und Arbeitslosen für eine bestandene Zwischenprüfung einer beruflichen Weiterbildung 1.000 Euro, für die Abschlussprüfung weitere 1.500 Euro gezahlt werden - so sollen Motivation und Durchhaltevermögen der Teilnehmer gestärkt werden, eine Ausbildung zu absolvieren. Die Bundesregierung rechnet bis 2019 mit Kosten für den Bundeshaushalt von 172 Millionen Euro, allein 82 Millionen Euro im Jahr 2019 - neben den Prämienzahlungen sind dabei auch Kosten für zusätzliche Teilnehmer solcher Weiterbildungen einkalkuliert. Die Bundesagentur für Arbeit begrüßt zwar den Plan. In einem Schreiben an den Bundestag äußert die Bundesagentur aber die Erwartung, dass die veranschlagten Mittel nicht ausreichen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-72153/wirtschaft-gegen-geplante-weiterbildungspraemie-fuer-arbeitslose.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com